



Arbeitnehmerkammer
Bremen

Arbeitnehmerkammer zum Tag der Ausbildungsverbände

14. Juni 2023 in Bremerhaven

Ansprechpartnerin: Regine Geraedts, Referentin für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
Fon 0421 36301 992 | Mail geraedts@arbeitnehmerkammer.de

- ▶ Im Land Bremen werden nicht ausreichend betriebliche Ausbildungsstellen angeboten. Die Zahl der neu abgeschlossen Ausbildungsverträge ist seit 2008 trotz bester Konjunktur beständig gesunken und lag 2022 nur noch bei 5.300. Von 2008 bis heute sind demnach fast 1.200 Ausbildungsplätze in Bremer Betrieben verloren gegangen.
- ▶ Dabei ist das Interesse junger Menschen an einer betrieblichen Ausbildung erfreulich groß. Zuletzt kamen im Land Bremen auf 100 geeignete Bewerber*innen nur 72 Ausbildungsstellen. Diese Lücke zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage verschärft den Fachkräftemangel und sorgt zugleich für scharfe Konkurrenz am Ausbildungsmarkt. Regelmäßig bleiben im Land Bremen viele geeignete junge Menschen mit ihren Bewerbungen erfolglos. 2022 waren es mindestens 800 Jugendliche, mehr als 400 gingen direkt in die Arbeitslosigkeit.
- ▶ Außerbetriebliche Ausbildung kann das fehlende Angebot als Marktersatz vorübergehend kompensieren. Angesichts der aktuellen Marktverhältnisse bleibt dies nötig. Dem trägt auch das Aus- und Weiterbildungsförderungsgesetz Rechnung, das aktuell im Bundestag zur Abstimmung steht. Es sieht ein Recht auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz vor, wenn junge Menschen wegen des nicht ausreichenden betrieblichen Angebots am Markt scheitern.
- ▶ Mit den beiden außerbetrieblichen Ausbildungsverbänden in der Stadt Bremen und in Bremerhaven stehen erfahrene und erfolgreich funktionierende Strukturen zur Verfügung. Von besonderem Interesse sind dabei die Gelingensbedingungen für gleichermaßen frühzeitige und erfolgreiche Übergänge von der außerbetrieblichen in die betriebliche Ausbildung.
- ▶ Denn aus Sicht der Arbeitnehmerkammer geht betriebliche Ausbildung vor. Außerbetriebliche Ausbildung bleibt Ultima Ratio und greift nur dann, wenn nicht alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden können. Ziel muss es sein, ein auswahlfähiges betriebliches Ausbildungsangebot vorzuhalten.
- ▶ Mit einem arbeitgeberseitig finanzierten Ausbildungsunterstützungsfonds will der Bremer Senat künftig politisch steuernd in das Ausbildungsmarktgeschehen eingreifen und für mehr und bessere betriebliche Ausbildung sorgen. Diesen Weg unterstützt die Arbeitnehmerkammer.
- ▶ Die Kammer setzt sich zudem für die Implementierung eines bedarfsorientierten und leicht erreichbaren Unterstützungsangebots für Auszubildende und Betriebe ein. Es könnte dazu beitragen, dass sich Betriebe stärker für Bewerber*innen mit ungünstigeren Startvoraussetzungen öffnen und so die Integrationsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems stärken. Von den Erfahrungen der beiden Ausbildungsverbände in Bremen und Bremerhaven mit ihren jeweiligen Unterstützungsangeboten lassen sich wichtige Praxishinweise für ein solches Unterstützungssystem ableiten.